

Stellungnahme zum SPD Ruf nach Rettungsschirm für die Kommunen:

Resolutionen sind ja nett gemeint, aber grundsätzlich doch nur Aktionismus im Rahmen der eigenen Hilflosigkeit. Mit Resolutionen kann man keine Politik machen. Insbesondere das Thema Corona und Kommunalfinanzen eignet sich dafür nicht.

Die Krise wird nahezu alle Kommunen in Deutschland finanziell hart treffen. Besonders aber diejenigen, die bereits vor Corona wackelige Haushalte vorgelegt haben. Dazu gehört leider auch die Kreisstadt Unna, deren Haushalt schon vor Corona auf Kante genäht war.

Wer aufmerksam die Nachrichten in den Medien verfolgt, hört nahezu täglich von unvorstellbaren Milliardensummen die Land und Bund zur Bewältigung der Lage aufbringen wollen. Einige sprechen dabei gleichzeitig von Steuersenkungen. Wo die gigantischen Summen herkommen sollen, ist gänzlich ungeklärt.

Deutschland hat (Stand Ende 2018) 1858 Kommunen. Nordrhein-Westfalen ist in 427 selbstverwaltete Kommunen aufgeteilt, die allesamt immense Probleme durch Corona haben.

Sollen die jetzt alle eine Resolution vorlegen und den Verantwortlichen in Bund und Land einmal mehr mitteilen, was auch dort alle schon wissen? Nein, das wird nicht helfen und ist unter der Rubrik Symbolpolitik einzuordnen.

Im Augenblick hilft die Hoffnung, dass es nicht noch schlimmer kommt. Danach muss Bilanz gezogen werden, zu der es jetzt noch viel zu früh ist. Eines aber wird sicher nicht funktionieren: Weiter wie bisher! Selbst wenn finanzielle Hilfe von außen kommt, wird diese nicht alle unsere Finanzprobleme lösen.

Wir werden in allen Bereichen lieb gewonnene Gewohnheiten abspecken müssen, sofern diese bislang durch städtische Gelder finanziert wurden. Überdies wird man überlegen müssen, ob wir uns bereits durch den Rat beschlossene Großprojekte überhaupt noch leisten können.

Klaus Göldner

FLU Fraktionsvorsitzender

SPD erwartet vom Land mehr als nur Corona-Hilfe

Der Ruf nach einer Notfinanzierung für die Stadt Unna wird lauter.

Von Sebastian Smulka

Unna. Die Sorge, dass die Stadt Unna gleich von zwei Entwicklungen in den finanziellen Abgrund gedrückt werden könnte, ist groß. Durch die Corona-Krise könnten konjunkturabhängige Steuereinnahmen einbrechen. Zugleich drohen steigende Kosten im Gesundheits- und Sozialbereich. Die Forderung, dass Unna in dieser Situation auf eine Finanzierungsgarantie des Landes drängen solle, bekommt mehr Fürsprecher.

Parallel zu „Wir für Unna“ hat auch die SPD-Fraktion eine entsprechende Initiative für die erste Ratssitzung nach der Corona-Zwangspause vorbereitet. Die größte Kraft des Stadtrates drängt auf eine Resolution, mit der die Stadt die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit durch das Land einfordern soll. Dies wäre keine bindende Weisung für das Land, aber zumindest ein Ausdruck des politischen Willens in der Kommune.

Wo staatliches Handeln zur Bewältigung der Corona-Pandemie gefragt ist, seien es oft die Kommunen, die die konkreten Schritte umsetzen. Deshalb müssten sie gerade in diesen Zeiten ihre Handlungsfähigkeit bewahren, argumentiert der SPD-Fraktionsvorsitzende Bernd Dreibusch. Gesundheitsämter und Sozialleistungen könnten Kommunen und Kreise künftig mehr Geld kosten. Zudem seien die Kommunen auch wesentliche Auftraggeber für Teile der Wirtschaft.

Finanzprobleme schon vor Corona liegen geblieben

Wie schon WfU, so bringt auch Dreibusch bei dieser Gelegenheit Kritik an, dass die bereits angespannte Haushaltslage der Stadt auch vom Land mitverursacht sei. „Es rächt sich jetzt, dass große Probleme im Bereich der Kommunalfinanzen durch die Landesregierung nicht ange-

gangen und eine Lösung verschleppt wurde. Die Kommunen tragen weiterhin über 70 Prozent der Kosten für die Geflüchtetenversorgung, genauso wie es keine Lösung für die drängende Altschuldenproblematik gibt“, so Dreibusch.

» Es rächt sich jetzt, dass große Probleme im Bereich der Kommunalfinanzen durch die Landesregierung nicht angegangen und eine Lösung verschleppt wurde. «

Bernd Dreibusch,
SPD-Fraktionsvorsitzender

Forderungen, die die SPD für eine Resolution vorschlägt, gehen weiter als die von „Wir für Unna“ formulierten und dabei auch über die Bekämpfung der akuten Corona-Folgen hinaus. Den Rettungsschirm für Kommunen will Unnas SPD auch über kommunale Unternehmen gespannt wissen, was für Unna etwa die WBU mit den Stadtwerken als Tochtergesellschaft und das Stadtmarketing umfasst. Zudem müsse die Altschuldenproblematik geklärt werden.

Die Debatte um eine Resolution ist am 14. Mai Thema der ersten Stadtratssitzung nach der Corona-Krise. Für diese Sitzung kündigt die Stadtverwaltung auch eine „Ersteinschätzung“ zu den konkreten Auswirkungen der Corona-Krise für den Haushalt der Stadt an.